

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.20 Uhr
Ende: 14.25 Uhr

GR. **Wippel** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wird von uns natürlich eine Sitzungsdisziplin erwartet und wenn wir der ordentlich nachkommen wollen, dann müssen wissen, rechtzeitig wissen, wann Ausschusssitzungen stattfinden und wenn diese unterbrochen werden, vertagt werden, dann muss diese Information auch rechtzeitig stattfinden. Es geht nicht, dass man uns eine halbe Stunde warten lässt und dann gesagt wird, der Ausschuss tagt irgendwann am Nachmittag weiter. Ich bitte darum, dass das in Zukunft wirklich...(*Applaus KPÖ*).

1) Generalsanierung der Herrengasse in Graz

GR. **Grosz** stellt an StRin. Mag.^a **Fluch** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren auf der Stadtsenatsbank, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, die der heutigen Sitzung von den Zuschauerrängen beiwohnen. Ich darf folgende Anfrage an die Stadträtin Fluch stellen: Ende April wurde zumindest über die Medien verlautbart, dass die Generalsanierung der Herrengasse, die ja durchaus begrüßenswert ist, ins Haus steht. Es wurden sowohl Innenstadtunternehmen wie auch der Öffentlichkeit kundgetan, dass selbstverständlich die Unternehmerinnen und Unternehmer im Herzen unsere Stadt, nämlich im Zentrum in der Herrengasse, in diese Planungen eingebunden werden, dass sie auch über Zeiträume informiert werden. Ich komme selbst aus einer Familie, die einen Kleinbetrieb hat mit zwei Mitarbeitern, wo ich selbst weiß, dass solche Bauarbeiten direkt vor einem Geschäft durchaus Umsatzeinbußen bedeuten können. Da rede ich noch nicht einmal von der

Staubentwicklung etc., sondern es ist doch vollkommen klar, dass die Zugänglichkeit zu Geschäften in großem Ausmaß nicht mehr gegeben ist und diese Bauarbeiten, je länger sie dauern umso geschäftstörender werden sie. Laut neuesten Meldungen zufolge sollen die Bauarbeiten mit August 2008, also bereits nächstes Monat beginnen und das Bauende der Generalsanierung in der Herrengasse mit 2009 festgelegt werden. Das ist ein sehr langer Zeitraum, das ist ein Zeitraum, den wir den Geschäftsleuten, glaube ich, nicht zumuten können und sollen. Um was ich Sie aber ersuche, ist zumindest um Information, dass wir uns in Zukunft nicht unbestätigten Meldungen zufolge orientieren müssen, sondern einer umfassenden Information seitens der Stadtsenatsreferenten.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

F r a g e :

Welchen exakten Zeitraum werden die mit den Innenstadtunternehmen bis dato nicht koordinierten Bauarbeiten zur Generalsanierung der Herrengasse in Anspruch nehmen?

StRin. Mag.^a **Fluch:** Herr Gemeinderat, wir haben erst gestern darüber gesprochen, dass Sie kein genuiner Grazer sind, ich halte Ihnen das sozusagen zugute, dass Sie die Informationen jetzt so wahrgenommen haben, wie Sie sie selbst offensichtlich als nicht immer in Graz Anwesender auch entgegennehmen konnten. Es stimmt nämlich nicht, dass die Bautätigkeiten bislang nicht koordiniert wurden. Es gab bereits im Juni des Vorjahres einen Beschluss hier im Gemeinderat über die Projektgenehmigung zur Neugestaltung der Herrengasse und dabei wurde auch die Bauabwicklung in sieben Phasen, beginnend eben mit Ende Juli 2008 und die Fertigstellung August 2009, berichtet. Noch vor diesem Gemeinderatsbericht gab es Informationsgespräche mit der Wirtschaftskammer, namentlich auch mit Herrn Mag. Heinzl und Herrn Egger, und es wurde bereits im April 2007 an die Wirtschaftsvertretung ein Zeitplan der Bauarbeiten übermittelt. Diese Information

wurde dann auch seitens der Wirtschaftskammer an die Wirtschaftstreibenden in der Herrengasse weitergegeben. Bei diesen Gesprächen wurde von der Stadtbaudirektion neben vielen anderen Themen der Ablauf, wurden Veranstaltungen in der Innenstadt etc. angesprochen. Aus Sicht der Wirtschaftsvertretung und auch aus Sicht der Wirtschaftstreibenden wurde gewünscht, dass es eine Bauabwicklung in mehreren Phasen gibt und es sollte der Arbeitsbeginn ebenso gewählt werden, dass Rücksicht genommen wird auf die Euro und auf das Chorfestival sowie dann auch während des Verlaufes auf andere Veranstaltungen, besonders auch auf den Advent. Um diese Informationen in Erinnerung zu rufen, wird es aber jetzt im Juli noch einmal gezielte Informationen nicht nur an die Wirtschaftstreibenden geben, die sind natürlich die Hauptbetroffenen und wissen auch, dass sozusagen im nächsten Jahr einiges auf sie zukommt. Ich kann Ihnen versichern, ich bin relativ viel, sofern meine Arbeit es zulässt, gerade auch in der Innenstadt unterwegs und bin auch im Gespräch mit den Wirtschaftstreibenden hier, aber auch die Bevölkerung soll noch einmal erinnert werden, wie genau die Bauphasen angelegt sind. Die Fakten sind, wie gesagt, Baubeginn Ende Juli 2008, wie gewünscht nach der Euro und nach der Chorolympiade bis voraussichtlich längstens August 2009. Sieben Bauphasen, die Adventzeit wird ausgenommen, und der grobe Bauablauf ist, dass wir sozusagen an der Ostseite nach der Stempfergasse Richtung Süden beginnen und dann auf die Nordseite gewechselt wird, wieder in Richtung Stempfergasse südwärts und zum Schluss dann die Sanierung des Schienenbereiches, soweit die Information. Ich möchte nur noch einmal sagen, abgestimmt ist es vor allem auch mit den Wirtschaftstreibenden.

GR. **Grosz:** Ich darf zu meiner Zusatzfrage kommen und vorher einleiten, im Gegensatz zu der Hälfte der Mitglieder des Stadtsenates bin ich zumindest in Graz geboren, sehr geehrte Frau Stadträtin. Zu meiner Zusatzfrage: Warum waren Sie nicht bereit und haben so wie Ihr anderes kurioses Informationsblatt, dass Sie mit Oropax zwei Tage vor dem Eurofinale an alle Grazer Haushalte viel zu spät verschickt haben, warum waren Sie in dem Bereich nicht bereit, die Bürger direkt

seitens der Stadt zu informieren, sondern haben das über die Bande der untätigen und unfähigen Wirtschaftskammer gespielt?

StRin. Mag.^a **Fluch**: Ich darf Ihnen ganz ehrlich sagen, auf solche Anwürfe gegenüber auch einer Wirtschaftskammer möchte ich Ihnen gar nicht im Detail antworten und werde ich Ihnen nicht im Detail antworten. Wenn Sie mir eine Zusatzfrage stellen, die sachlich ist, beantworte ich sie sehr gerne, das sind Anwürfe, die ich zurückweise (*Applaus ÖVP*).

2) Aufgaben des Stadtarchivs

GR. **Pogner** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Meine Frage richtet sich an den Herrn Stadtrat Wolfgang Riedler. Das Grazer Stadtarchiv hat auf Grund der Archivordnung alle archivwürdigen Informationsträger wie Urkunden, Handschriften, sonstige Schriftstücke, Dateien, Druckwerke, usw., usw. zu verwahren, zu erhalten und zu pflegen sowie nutzbar zu machen.

Darüber hinaus hat das Stadtarchiv auch hilfstätig zu sein und Forschungen auf dem Gebiet der Grazer Stadtgeschichte zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem die Mitwirkung an historischen Projekten, Ausstellungen und Veranstaltungen, die von wissenschaftlichen Institutionen, Schulen und Vereinen durchgeführt werden.

Es ist erfreulich, dass immer wieder Schulen gerade um diese Unterstützung anfragen. Mit dem Leiter des Stadtarchivs hat die Stadt auch eine anerkannte Persönlichkeit, die genau diesen schulischen Bereich – wie in der Archivordnung vorgesehen – abdecken kann.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Sind Sie bereit, schulische Anfragen bezüglich der Grazer Stadtgeschichte – wie in der Archivordnung vorgeschrieben – durch den Leiter des Stadtarchivs im Rahmen eines Schulvortrages durchführen zu lassen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Pogner! Ihre Anfrage erstaunt mich einigermaßen, weil Sie ja auch als versierter Personalvertreter wissen sollten, dass es nicht zu den politischen Aufgaben gehört, in dienstrechtliche Angelegenheiten einzugreifen und ich sage Ihnen auch, dass ich nicht vorhabe, das zu tun. Andererseits stelle ich fest, auch nach der durchaus interessierten Lektüre Ihres Journals, das Sie an die Magistratsmitarbeiter verteilen, dass es Ihnen offenbar immer wieder passiert, dass Fehler unterlaufen, die mit den Tatsachen wenig zu tun haben. Daher bin ich auch schon viel weniger erstaunt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pogner**: Natürlich gibt es jetzt eine Zusatzfrage: Ich kann das nicht nachvollziehen, was Sie da jetzt von sich gegeben haben, aber ich habe eine Feststellung, der ich eine Frage anknüpfen möchte, das heißt ganz einfach, Sie sind nicht bereit, den Schulen die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie eigentlich für notwendig erhalten und die auch in der Archivordnung vorgesehen ist? Ist das richtig?

StR. Dr. **Riedler**: Wenn ich jetzt der Stadtrat Stoiser wäre seinerzeit, hätte ich kurz und bündig und wahrheitsgemäß mit Nein geantwortet. Aber Sie haben es herausgefordert und daher bekommen Sie jetzt auch die lange Antwort. Der Hintergrund ist nämlich der, also ich würde Sie schon ersuchen, zur Kenntnis zu

nehmen, ich mische mich in Dienstangelegenheiten nicht ein und vor allem auch deshalb, weil es eine hervorragende Amtsleitung im Kulturamt gibt und auch die Referatsleiter sich an Anordnungen und Weisungen zu halten haben. Ich möchte Ihnen jetzt, nachdem ich ja das Kulturamt ersucht habe, natürlich ersucht habe, mir eine Stellungnahme abzugeben, Ihnen das zu sagen, damit Sie das dann auch ganz genau wissen. Sie können es dann vielleicht doch wieder nachvollziehen, was ich Ihnen sage. Noch unter der Leitung von Herrn Senatsrat Dr. Gerhard Marauschek im Zuständigkeitsbereich der Magistratsdirektion hat die Übersiedlung des Stadtarchivs in die neuen Räumlichkeiten in der Schiffgasse stattgefunden. Mit der Pensionierung von Herrn Senatsrat Dr. Marauschek übernahm Dr. Kurzmann am 1.1.2005 die Leitung des Stadtarchivs, das mit April 2004 in den Zuständigkeitsbereich des Kulturamtes überantwortet worden war und vollzog mit den ArchivmitarbeiterInnen den rund eineinhalb Jahre dauernden Prozess der Übernahme des Bauaktenarchivs. Die Archivleitung legte er auf Grund der 75-%-igen Karenzierung mit 31.10.2006 zurück. Mein Vorgänger und Kollege Kulturstadtrat Werner Miedl hat Ende 2006 das Kulturamt angewiesen, die Aufnahme von Herrn Dr. Werner Strahalm als Karenzvertretung in die Wege zu leiten. Der daraufhin am 4. 12. 2006 als Karenzvertretung mit einem Beschäftigungsausmaß von 75 % eingesetzt wurde. In diesem Teilzeitkarenzierungsvertrag stehen folgende Archivaufgaben, die sich sowohl aus der Geschäftseinteilung der Archivordnung, dem Produktkatalog, der Balanced Scorecard von 2007 und 2008 schlüssig ergeben, im Vordergrund; in Kurzform angeführt: Das Urkundenarchiv, das historische Archiv und die Familienforschung, Kopien von Hausakten und Plänen, Sonstiges. Zu den Aufgaben des Stadtarchivs laut Archivordnung § 2 gehören: Verwahrung, Erhaltung, Pflege und Nutzbarmachung aller relevanten Archivalien, hilfswissenschaftliche Tätigkeit und Forschungen auf dem Gebiet der Grazer Stadtgeschichte zu unterstützen, dazu gibt es sechs Unterpunkte, die das genau ausführen: sachkundige Beratung der ArchivbenützerInnen, Archivalienschutz, Abschriften, Kopien von Archivalien über begründetes Verlangen gegen Gebühreneinhebung. Zu den Produkten des Stadtarchivs gehören: die Herausgabe des historischen Jahrbuches der Stadt Graz als organisatorische Unterstützung, nicht verantwortlich für den Inhalt, Sammeln und Bereitstellen von Akten, historischen Dokumenten und Quellen zur Stadtgeschichte, Aushebung und Auskunftserteilung zu den Bauakten der ersten sechs Grazer Innenstadtbezirke von 1825 bis 1978 sowie der der ehemaligen Umlandgemeinden

von 1890 bis 1978, Verwaltung der Archivalienlagerung, Ermöglichung der Einsichtnahme, Verwaltung des Urkundenarchivs, Verwahrung der Urkunden und Verträge über alle Rechtsgeschäfte der Stadt sowie Auskunftserteilung darüber; Erteilung von Auskünften zur Grazer Stadtgeschichte, Bereitstellung von historischen Originaldokumenten. Zu den im strategischen Steuerungsinstrument der Stadt Graz, der Balanced Scorecard, vereinbarten Zielen gehörten im Jahr 2007 Beibehaltung der KundInnenzufriedenheit und -frequenz im Stadtarchiv, Anzahl der Aushebung der Bauakten insgesamt, Anzahl wissenschaftlicher Anfragen insgesamt, KundInnenfrequenz Archiv laufendes Jahr gesamt, Einarbeitung des Urkundenarchivs bis Ende ersten Quartals 2008. Zu den für 2008 erarbeiteten Zielen der Balanced Scorecard gehören als oberste Priorität Beibehaltung der KundInnenzufriedenheit und -frequenz, Erhaltung der Qualität der Beantwortung der historischen Anfragen, Abschluss der Einarbeitung der Bauakte ohne Reparatur bis 2010, dabei können durchschnittlich und sollten durchschnittlich vier Akte pro Tag erledigt werden. Neuordnung und Ersterfassung des sogenannten Blindbestandes. Neuordnung und Neuaufstellung der wissenschaftlichen Archivbibliothek bis Ende 2009 sowie Beginn der Restaurierung der Archivbibliothek ab Oktober 2008. Und ein Punkt ist natürlich besonders interessant dabei, als Ziel bei der Scorecard für 2008 wurde in Abstimmung mit dem Referatsleiter vereinbart, dass bis Mitte August 2008 ein Konzept erstellt wird, in dem zukünftig mögliche Tätigkeitsfelder des Stadtarchivs samt genauer Finanzplanung vom Referatsleiter dargestellt werden. Natürlich wird dieses Konzept zeitgerecht im Dienstwege den politischen Organen vorzulegen sein, wobei genau zu prüfen sein wird, ob sowohl inhaltlich als auch finanztechnisch und ressourcentechnisch diese Maßnahmen auch konkret umsetzbar sind beziehungsweise wie sie umsetzbar gemacht werden könnten. Es ist aus Sicht der Amtsleitung nicht vertretbar, einen von den sechs Unterpunkten von einer der insgesamt sechs skizzierten Hauptaufgaben laut Archivordnung zu zitieren und damit eine Hauptorientierung zu suggerieren, die es nicht gibt. Die hilfswissenschaftliche Tätigkeit bezieht sich wie bei allen Aufgaben des Stadtarchivs darauf, Materialien beziehungsweise Archivalien zugänglich zu machen beziehungsweise zur Verfügung zu stellen, eine vorrangig zu betreibende Vortragstätigkeit ist keineswegs ableitbar. Sobald allerdings alle oben angeführten Ziele erreicht sind, was bei einer 75-%igen Beschäftigung und den von den derzeitigen Referatsleiter stets selbst eingeforderten langen Bearbeitungsfristen für die Erledigung der dringlichen Hauptaufgaben auf

absehbare Zeit unmöglich ist, kann selbstverständlich über neue Aufgabengebiete konstruktiv nachgedacht werden. Die Erfüllung einer gewissenhaften Referatsleitung in Kombination mit Schulauftritten in zahlreichen Schulen in Graz ist zeitmäßig jedenfalls nicht möglich. Aus all diesen Zielen, Aufgabenstellungen und Prioritäten des Kulturamtes – Stadtarchiv geht klar hervor, dass eine regelmäßige Vortragstätigkeit nicht nur nicht prioritär vorgesehen ist, sondern eben in Anbetracht der Fülle der Aufgaben schon allein ein Ressourcenproblem ist. Wobei ich sagen muss, natürlich wenn mir der Herr Bürgermeister als Personalreferent die entsprechenden Personalressourcen zur Verfügung stellt, können wir über alle noch viel früher reden, als ich es jetzt gerade referierend die Stellungnahme des Amtes dargestellt habe. Daher kann eine Abteilungsvorständin oder ein Abteilungsvorstand mit einer sehr genauen Referatseinteilung und damit verbundenen Aufgabendefinitionen nicht ein neues Produkt entwickeln, dessen Umsetzung aus Ressourcengründen nicht gewährleistet ist. Zusätzlich muss natürlich angemerkt werden, dass es wenig Sinn macht, ein Produkt an den Interessen einer Person orientiert zu entwickeln, zumal es sich im gegenständlichen Fall um eine Karenzbesetzung, wie Sie wissen, handelt und daher von einer dauerhaften Entwicklung auch nicht ausgegangen werden kann. Im konkreten Fall wird noch darauf hingewiesen, dass es zwei Anfragen von Schulen gegeben hat. Im ersten Fall wurde die Genehmigung zur Vortragstätigkeit erteilt, anders als Sie es angemerkt haben, um den Referatsleiter, der ohne Rücksprache mit dem Abteilungsvorstand bereits eine Zusage erteilt hatte, nicht vor der Schule zu desavouieren. Im zweiten Fall wurde seitens des Abteilungsvorstandes im Sinne der oben angeführten Argumentation darum gebeten, derzeit von einer nicht den Hauptaufgaben zuordenbaren Tätigkeit abzusehen. Ich stehe hinter meinem Abteilungsvorstand und werde ihn daher in seiner Haltung auch diesbezüglich in Zukunft unterstützen, vor allem deshalb, weil ich es für unbedingt notwendig halte, dass wir zuerst die dringend notwendigen Aufgaben erledigen und in weiterer Folge erst sozusagen das, was schön und wünschenswert ist, ergänzen. Im Übrigen meine ich, dass das Archiv, wenn es soweit kommen sollte, nicht nur den Herrn Dr. Strahalm, sondern weitere geeignete Persönlichkeiten hat, die in diesem Zusammenhang eingesetzt werden können (*Applaus SPÖ*).

3) Mittelfristige Finanzplanung; Information an den Gemeinderat

GR. Herper stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GR. Herper: Kolleginnen, Kollegen, Herr Stadtrat Dr. Rüschi, lieber Gerhard! Laut Österreichischem Stabilitätspakt 2001 sind Bund, Länder und Gemeinden mit mehr als 20.000 EinwohnerInnen zur gegenseitigen Information betreffend die mittelfristige Finanzplanung verpflichtet – und zwar jährlich bis 31. Juli.

Bis dato war es Praxis, dass dem Gemeinderat diese für die Beurteilung der finanziellen Entwicklung sehr wesentliche Information noch vor Übermittlung an Bund und Land vorgelegt wurde – also spätestens in der letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause. Ist doch schließlich der Gemeinderat laut Statut das oberste Organ dieser Stadt – und der städtische Haushalt unterliegt der Verantwortung des Gemeinderates, der bekanntlich die Budgethoheit hat.

Erstmals scheint nun diese jahrelange Praxis unterlaufen zu werden - dieser Donnerstag, also heute, ist der letzte Gemeinderatstag vor der Frist 31. Juli, eine Information über die mittelfristige Finanzplanung wurde diesem Haus aber bislang vorenthalten. Nachdem die Nichterfüllung der im Stabilitätspakt vorgesehenen gegenseitigen Informationspflicht Sanktionen nach sich zieht und wir nicht annehmen wollen, dass solche vom Finanzreferenten bewusst in Kauf genommen werden, drängt sich nun doch der Verdacht auf, dass das Zahlenmaterial, vielleicht angesichts der Brisanz und der alarmierenden Budgetentwicklung, über einen Dringlichkeitsakt im Stadtsenat am Gemeinderat vorbeigeschleust werden sollte.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an dich als den dafür zuständigen Stadtsenatsreferenten die

F r a g e ,

ob du bereit bist, auch dem Grazer Gemeinderat als oberstes Organ betreffend das Stadtbudget zumindest in der ersten September-Sitzung und somit nach Abgabe des Zahlenmaterials über die mittelfristige Haushaltsführung eine Information zuzugestehen? Bitte Gerhard (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Klubobmann, lieber Karl-Heinz! Zunächst eine Klarstellung, nach meiner Information wird die Verletzung der Meldepflicht nicht sanktioniert. Was sanktioniert wird, das ist, wenn nicht der Voranschlag, sondern wenn letztlich die Rechnungsabschlüsse oder der Rechnungsabschluss der Stadt Graz nicht in das Maastrichtgefüge hineinpasst mit den anderen steiermärkischen Gemeinden und wenn, dann wäre das dann vermutlich vor allem durch die Stadt Graz bedingt und dadurch kann es Sanktionen geben, weil dann durchaus Ertragsanteile letztlich einbehalten werden können. Aber wie gesagt, die Meldepflicht, eine nicht erfüllte Meldepflicht wird nicht sanktioniert. Die Meldepflicht besteht einmal bis zum 31. 7., wie du richtig gesagt hast, und wie du auch richtig gesagt hast, war es durchaus Usus, das im Gemeinderat zu bringen. Ich werde selbstverständlich auch ohne deinen Hinweis, das hatte ich ohnehin vor, aber ich bin dir durchaus noch einmal dankbar für diesen Hinweis, den Bericht im September hier im Gemeinderat vorlegen.

GR. **Herper**: Ich danke dir, lieber Gerhard, ich glaube, es ist auch wichtig festzuhalten, dass es sozusagen diese Budgethoheit des Gemeinderates gibt, die du anerkannt. Ich freue mich, dass die Vorlage der Unterlagen und der Zahlen und Daten vorliegen wird. Es wird sicher nicht an der Finanzdirektion liegen, die immer fleißig und ordentlich gearbeitet hat, es wird sicher spezifische Gründe geben, warum es diesmal zu einer Verspätung kommt. Wobei mir wichtig ist, die Frage zu stellen, wie wirst du es in Zukunft anlegen, wirst du dich selber erinnern oder dürfen wir dich gemeinsam erinnern an diese Fristenläufe, da wollte ich dich einfach fragen, wie du es in Zukunft machen wirst?

StR. Dr. **Rüsch**: Vielen Dank, erinnern musst du mich nicht, ich bin noch nicht so verkalkt. Der Grund ist ein ganz einfacher, es liegt selbstverständlich nicht an der Aufbereitung des Zahlenmaterials der Finanzdirektion, sondern es liegt an einem inhaltlichen Grund. Wir sind in der politischen Diskussion mit der mittelfristigen Finanzplanung noch nicht so weit, dass Ergebnisse vorliegen, aber ich kann

durchaus ein/zwei grundsätzliche Bemerkungen dazu machen. Bis jetzt liegen vor die Überlegungen der einzelnen Abteilungen über die mittelfristige Entwicklung des Budgets und ich kann aus meiner Sicht nur sagen, wir nähern uns nach diesen Ergebnissen dem Herzinfarkt. Es ist nicht nur so, dass von Einsparungen keine Rede mehr ist, sondern es wird dargelegt, diejenigen, die geantwortet haben, die Abteilungen, dass sie sehr, sehr viel mehr Geld brauchen und mir ist wieder einmal bewusst geworden, dass wir in der letzten Periode zwar durchaus etwas Fett abgebaut haben, aber wir sind bei weitem nicht auf jenem Sanierungskurs, der aus meiner Sicht erforderlich ist, um die Zukunft des Budgets und damit auch des Magistrates und der Stadt Graz zu sichern. Und meine Absicht ist es sicherlich nicht, hier einfach Ergebnisse weiterzugeben, die durch bloße Fortschreibung erzielt werden und das liegt vor, sondern meine Absicht ist, dass wir gemeinsam über den Sommer und zwar sowohl in der Koalition als auch mit den anderen Stadtregierungsmitgliedern und auch mit den Abteilungsleitern einen tatsächlichen Sanierungskurs vereinbaren. Ich habe auch festgestellt, wir haben etwa in dieser Periode nicht mehr die Möglichkeit, die wir in der letzten Periode hatten, einfach durch Verkauf von Liegenschaften dem Budget ein gutes Ergebnis zu bringen, sondern es wird jetzt tatsächlich erforderlich sein, dass wir uns einfach mit sehr zielstrebigem, mit sehr gewichtigen Maßnahmen auseinandersetzen müssen, ansonsten kann ich nur sagen, sind wir auf keinem guten Weg und das ist mein ganzes Ziel, selbstverständlich mit der Regierung und mit der Koalition hier tatsächlich zu einer guten und vernünftigen mittelfristigen Finanzplanung zu kommen.

4) Planungen für Murauen in und südlich von Graz

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StRin. Mag.a **Fluch** folgende Frage:

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Gemeinderat, liebe Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Frau Stadträtin! Dem Bau der geplanten Murstaustrufen in Gössendorf und Kalsdorf steht die Zerstörung der letzten freien Fließstrecke und des Lebensraumes Murauen Graz Werndorf gegenüber. Die geplanten ökologischen

Ausgleichsmaßnahmen sind unzureichend, denn auch den von der Stadt Graz geforderten Verbesserungen der Radwegeführung und der Erholungsinfrastruktur zur Schaffung eines wirklich attraktiven Naherholungsgebietes wurde im Rahmen der Planungen unzureichend Rechnung getragen. Derzeit laufen zu den beiden Murstaustrufen Gössendorf und Kalsdorf Einsprüche beim Umweltsenat in Wien und auch bei der Europäischen Kommission. Es ist also noch nicht entschieden, dass diese Kraftwerke tatsächlich realisiert und die Muraueen einer konzeptlosen Energiepolitik geopfert werden. Für den Fall, dass die geplanten Murstaustrufen durch die laufenden Verfahren nicht zu verhindern sind, muss die Stadt Graz aber jetzt schon dafür Sorge tragen, dass es jedenfalls zu Ausgleichsmaßnahmen und umfassenden Maßnahmen zur Aufwertung des wichtigsten Naherholungsgebietes im Zentralraum Graz kommt.

Daher stellt ich an Sie, die

F r a g e :

Welche konkreten Schritte setzen Sie hinsichtlich der Realisierung einer ökologischen Begleitplanung und Planung von Erholungsinfrastruktur-Maßnahmen für die Muraueen in und südlich von Graz?

StRin. Mag.^a **Fluch**: Ja danke, Frau Gemeinderätin! Sie wissen, weil wir über dieses Thema ja auch im Gespräch sind, dass ich bei dieser Fragestellung immer darauf hinweisen muss, dass die Antwort seitens der Stadt Graz und auch von meiner Seite immer differenziert ausfallen muss, was das Kraftwerksprojekt in Gössendorf anlangt, weil gerade die von Ihnen angesprochenen sehr sensiblen Auegebiete auch außerhalb des Stadtgebietes liegen und sozusagen nicht in unserer unmittelbaren Zuständigkeit sind. Aber selbstverständlich, das wissen Sie auch aus Gesprächen, die wir laufend führen zu diesem Thema, stehe gerade ich selbst auch auf dem Standpunkt, dass rechtzeitig Vorsorge zu treffen ist, damit, wenn der Kraftwerksbau dann wirklich beginnt und sozusagen auch die Folgemaßnahmen in Graz spürbar sind, entsprechend vorgesorgt worden ist. Konkret sieht es so aus, ich habe hier im

Gemeinderat ja auch schon mehrmals berichtet, dass es im Zuge des Kraftwerkbaus Bautätigkeiten am linken Murofer sozusagen südlich des Puch-Steges geben wird, die durchaus massiv sind und diese Bautätigkeiten werden aber von der Stadt auch dafür genutzt, den notwendigen Hauptsammelkanal zu verlegen. Das ist bereits Beschlusslage dieses Gemeinderates. Sie beziehen sich, so wie ich das selbst auch immer tue, darauf, dass zu diesen Maßnahmen einfach auch Begleitmaßnahmen notwendig sind, nämlich ökologische Begleitmaßnahmen, und auch ich selbst bin davon überzeugt, dass es notwendig ist, diese Phase, in der jetzt noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde, dafür zu nutzen, einerseits zu erheben, wie sieht es wirklich in diesem Bereich der an sich sehr wild verwachsenen Böschung der Mur momentan aus und wenn es dann dort zu den Bautätigkeiten kommt, was kann man nachher tun, um dort den Murraum möglichst gut zugänglich zu machen für Grazerinnen und Grazer, das entspricht ja gerade auch in der Gegend sehr stark auch den Wünschen aus dem Bürgerbeteiligungsprozess „Zeit für Graz“. Das heißt, ich habe, und Sie wissen das, in Auftrag gegeben, dass es eine ökologische Begleitplanung gibt für dieses Projekt, die Abteilung für Grünraum und Gewässer wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Kanalbauamt auch an die STEG/STEWEG heranzutreten, um zu schauen, dass wir diese Planungen auch gemeinsam abwickeln, auch gemeinsam finanzieren und diese Planungen sind sozusagen ausgeschrieben. Es ist jetzt auf konsensualer Basis eine Planersucher erfolgt für die Vergabe der Leistungen im Rahmen dieser ökologischen Fach- und Freiraumplanung, wie es heißt, es liegen die Angebote vor, ich möchte zu den Preisen und zu den Anbieter momentan nicht mehr sagen, weil die Beauftragung erst im Stadtsenat zu beschließen ist und diese Beauftragung soll nach unserer Planung am Freitag der nächsten Woche erfolgen. Nur so viel kann ich sagen, es geht bei dieser ökologischen Fach- und Freiraumplanung entlang der Mur um die Themen Gewässerökologie und Fische, es geht um Tiere und ihre Lebensräume, um Pflanzen und ihre Lebensräume, es geht um das Landschaftsbild, das Thema Freizeit und Erholung, das Sie auch angesprochen haben sowie um den Siedlungsraum und die technischen Einbauten und wie die möglichst verträglich gestaltet werden können, obwohl, und das möchte ich nicht verschweigen, es natürlich ein massiver Eingriff ist in die momentane Vegetation an der Mur. Wir rechnen damit, dass mit Ende dieses Jahres diese Planungen abgeschlossen sein sollten und das möchte ich auch dazusagen, wir sind über die Abteilung für

Grünraum und Gewässer und das Kanalbauamt auch mit der GBG und auch mit dem Liegenschaftsverkehr in Kontakt, weil beide Abteilungen Grundeigentümer südlich von Graz sind und wir denken, diese ökologische Begleitplanung muss wirklich von allen Betroffenen gemeinsam auch gewollt und angegangen werden und wir denken, dass in dieser Zusammenschau es dann doch auch zu einer guten Gestaltung dieses Naherholungsgebietes kommen kann.

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sie haben selbst schon erwähnt das Projekt „Zeit für Graz“ und ich gehe auch davon aus, dass die Planung sowohl die Murauen südlich von Graz als auch in Graz betroffene Gebiete betrifft und meine Zusatzfrage lautet, ob sie uns zusagen können, dass seitens der Grazer Bevölkerung im Rahmen von „Zeit für Graz“ geäußert Wünsche in dieser Planung und auch in der späteren Realisierung berücksichtigt werden.

Mag.^a **Fluch**: Das kann ich gerne zusagen, möchte nur hinzufügen, die Wünsche der Bevölkerung in diesem Prozess „Zeit für Graz“ waren gerade in diesem Abschnitt der Mur nicht ganz konkrete und das heißt, da wird man dann wirklich bei der konkreten Planung auch noch einmal mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen müssen. Es gibt Erwartungen, die sich nicht ganz erfüllen lassen werden und es gibt auf der anderen Seite Erwartungen, die sich wahrscheinlich sehr gut erfüllen lassen. Aber das heißt, es wird einfach noch einmal eine Vertiefung geben müssen der Ergebnisse des Prozesses „Zeit für Graz“, der in diesem Bereich keine ganz konkreten Vorschläge gebracht hat. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Bevor ich jetzt die nächste Gemeinderätin zum Rednerpult bitte, möchte ich in Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden des Finanzausschusses Ihnen mitteilen, dass der Finanzausschuss im Anschluss an die Fragestunde um 14.30 Uhr dann im Stadtsenatssitzungssaal zusammentreten wird. Es sind in etwa 30

Anfragen und Anträge hier bei mir vorne, das heißt, wir werden nicht unterbrechen, sondern der Finanzausschuss möge dann bitte zusammentreten und wir werden die vielen Anfragen und Anträge an mich dann abhandeln und ich werde darauf Rücksicht nehmen, dass jene Gemeinderatsmitglieder, die dem Ausschuss angehören, ihre Fragen oder ihren Antrag danach stellen können.

5) Einverständnis für Baucontaineraufstellung in der Belgiergasse 15

GRin. **Schloffer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Ich möchte Sie heute fragen, das Problem befindet sich in der Belgiergasse 15, das ist das gleiche Haus, wo auch das Bad zur Sonne ist. In der Belgiergasse Nr. 15 wurden durch die Bauarbeiten für die sogenannte Murgalerie Baucontainer aufgestellt. Nachdem sich diese Liegenschaft im Eigentum der Stadt befindet, wurde die Abteilung Liegenschaftsverwaltung damit konfrontiert, von wo auch eine Genehmigung zur Aufstellung erfolgt ist.

In diesem Haus wohnen Seniorinnen und Senioren, die vom Sozialamt zugewiesen wurden. Weder das Sozialamt, noch die Bewohnerinnen und Bewohner wurden darüber vorher informiert. Es gab nie ein Gespräch darüber.

Dass sich drei zweistöckige Baucontainer direkt vor den Fenstern und Türen negativ auf die Lebensqualität auswirken, ist offensichtlich. Die einzig freie Grünfläche für die Seniorinnen und Senioren ist in dieser Zeit auch nicht ausreichend benutzbar. Zusätzlich gibt es durch die Bauarbeiten Lärm, Staub und Geruchsbelästigungen. Diese Baustelle wird übrigens auch befahren durch die Arche-Noah-Gasse, also auch das knapp vor den Wohneinheiten der Bewohner.

Daher stelle ich namens der KPÖ folgende

Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Was gedenken Sie in Hinblick auf die derzeitige Wohnsituation der Seniorinnen und Senioren in den Wohnungen der Liegenschaft Belgiergasse Nr. 15 zu tun, die durch die Gewährung der Aufstellung von Baucontainern durch die Abteilung Liegenschaftsverkehr in ihrer Lebensqualität schwer beeinträchtigt sind? (*Applaus KPÖ*).

Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, Frau Gemeinderätin, hoher Gemeinderat! Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich ganz kurz eine Korrektur zu meiner vorhergehenden Frage anbringen, eine sachliche Korrektur, keine inhaltliche, die inhaltliche Antwort war, wir werden die Meldepflicht selbstverständlich einhalten und im September dann berichten. Die sachliche Korrektur, ich war falsch informiert, eine Verletzung der Meldepflicht wäre sehr wohl zu sanktionieren, ich bin gerade aufmerksam gemacht worden und ich möchte das gerne hier wiedergeben, also die Verletzung der Meldepflicht wäre sanktionierbar. Wir werden sie sicherlich einhalten, selbstverständlich und werden im September berichten.

Zur Anfragebeantwortung der Baucontaineraufstellung in der Belgiergasse, leider nicht so seltenes Problem. Ich darf Ihnen die Antwort von der Abteilung für Liegenschaftsverkehr vorlesen: Die ARGE Murgalerien sind mit dem Ersuchen an die Stadt Graz herangetreten, für die Durchführung ihres Bauvorhabens Murgalerien in der Arche-Noah-Gasse 7-11 Baucontainer in den städtischen Grundstücken aufstellen zu dürfen. Die vorab angeführten Grundstücke sind der ÖWG mit einem Übereinkommen überlassen und werden auch von der ÖWG verwaltet und betreut. Die Abteilung Liegenschaftsverkehr hat daher einen Lokalausweis mit dem Bauleiter sowie dem für diese Seniorenwohnanlage zuständigen Verwalter der ÖWG organisiert und wurden seitens der ÖWG keine Einwände gegen die Aufstellung von Baucontainern auf den von der ÖWG betreuten Grundflächen geltend gemacht. Darüber hinaus war auch der vor Ort befindliche Betreuer dieser Seniorenwohnanlage bei dieser Besprechung anwesend und wurde die Aufstellung der Container mit ihm abgestimmt, sodass erforderliche Fluchtwege freigehalten werden. Natürlich wird für die Dauer der Grundinanspruchnahme gemäß dem Entgelt

für die Benützung öffentlichen Gutes eine Benützungsgebühr eingehoben, wobei ausdrücklich vereinbart wurde, dass diese nicht der Stadt Graz als Grundeigentümerin, sondern der Mietzinsreserve der SeniorInnenwohnanlage zugeführt wird. Es sei bemerkt, dass der Betrag wahrscheinlich kein riesiger Betrag sein wird, der da der Mietzinsreserve zugeführt wird, ich höre zirka 3000 Euro, aber es wird jedenfalls der Mietzinsreserve zugeführt. Grundsätzlich darf bemerkt werden, dass natürlich jede Großbaustelle zu einer Beeinträchtigung der AnrainerInnen führt. Es wurde jedoch die Meinung vertreten, dass gerade durch das Aufstellen der Container auf dem städtischen Grundstück eine zusätzliche Abschirmung der Großbaustelle der Murgalerien gegeben ist. Ich habe die Frage von Ihnen auch zum Anlass genommen, um die Abteilung für Liegenschaftsverkehr zu bitten, nochmals einen Brief zu schreiben an die Bauleitung und auf diese besondere Problematik aufmerksam zu machen. Der Brief ist heute hinausgegangen und lautet: Sehr geehrter Herr Ing. Öks, das ist der Bauleiter, bezugnehmend auf die Aufstellung von Baucontainern auf Grünflächen der städtischen Liegenschaft Belgiergasse 13-15, sind die SeniorInnenwohnungen, ersucht die Liegenschaftsverkehrsabteilung die ARGE Murgalerien, Beeinträchtigungen für die Bewohner durch die Abbrucharbeiten dringend zu unterbinden. Es wird daher gebeten, alle Maßnahmen, wie zum Beispiel durch Staubbindung durch Wasser, zu ergreifen, um die Anrainer, insbesondere die Bewohner der SeniorInnenwohnungen vor Baustellenimmissionen zu schützen. Sehr geehrter Herr Ing. Öks, die Überlassung der städtischen Grundflächen stellt einen Entgegenkommen dar und wird daher ersucht, auf die BewohnerInnen der SeniorInnenwohnungen Rücksicht zu nehmen und alle nur erdenklich möglichen Schutzmaßnahmen zu setzen, um die belästigenden Beeinträchtigungen hintanzustellen. Um sofortige Veranlassung wird gebeten. Ich denke, es wird wahrscheinlich öfter in der Zukunft erforderlich sein, solche Briefe zu schreiben, denn ich weiß, dass diese Wünsche von Baufirmen nicht immer durchaus, aber nicht immer, in einem entsprechenden Ausmaß berücksichtigt werden.

GRin. **Schloffer**: Neben diesem sogenannten Projekt, wo die Seniorinnen und Senioren wohnen, ist auch ein anderes privates Grundstück. Diese haben es nicht erlaubt, auf ihrem Grundstück die Baucontainer aufzustellen. Also man kann das

sehr wohl verneinen, aber die Liegenschaft hat das halt erlaubt. Es ist ein bisschen ungeschickt, wenn so ein Bauherr, er weiß ja, dass er Baucontainer aufstellen muss, und wenn ein Grundstück, wo er die Baustelle jetzt hat, es ist ja eine Megabaustelle, schon die Nachbarn braucht dazu, dass er die Container aufstellt, so wird das ja wohl das Wenigste sein, das Wenigste an Anstand und Höflichkeit, mit den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern darüber zu sprechen in einem kleinen Gespräch. Es ist auf Grund meiner Intervention ja auch gelungen, von einem Tag auf den anderen ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten zustande zu bringen. Also, dann wäre einiges an Ärger, Wut und Verzweiflung der PensionistInnen dort nicht zustande gekommen. Ein Beispiel: Auch ich bin betroffen von dieser Baustelle durch die Sicherungsmaßnahmen der Tiefgarage. Hätte der Bauherr mit uns gesprochen, mein Haus ist drei Meter davon entfernt, hätte er keine Scherereien und ich kein Wasser in meinem Keller und er hätte noch dazu leichtere Bautätigkeiten machen können, wir wären ihm entgegengekommen. Aber man wird nicht einmal gefragt, darf ich einen Meter neben ihrer Hausmauer da jetzt für eine Tiefgarage Sicherungsmaßnahmen machen und das ist das. Hätte der Bauherr, das andere ist jetzt mein Problem, ich muss jetzt schon damit zurechtkommen, aber die Leute, die waren so was von verzweifelt und das kapiere ich nicht und meine Zusatzfrage, Herr Stadtrat Rüschi: Denken Sie, dass die 3000 Euro genügen, um dieses ganze Dilemma jetzt ein bisschen zu besänftigen; wenn man das hochrechnet, pro Wohnung sind das 63 Euro oder hätten Sie eventuell Möglichkeiten. Ich habe gehört, 15.000 Euro wurden bezahlt an die ÖWG, aber das wurde nur so kolportiert, aber die 3000 Euro in meinen Augen sind zu wenig.

StR. Dr. **Rüschi**: Zunächst einmal, kann ich nicht sagen, weshalb der Privateigentümer dem nicht zugestimmt hat. Ich denke, grundsätzlich ist es in einer Stadt schon wichtig, gerade auch, wenn gebaut wird und wenn neue Einrichtungen entstehen im Ausmaß des Üblichen, und es ist beim Bau natürlich auch mit Beeinträchtigungen verbunden, hier etwas zu ermöglichen, nicht zu verhindern. Das Zweite, was ich gerne sagen möchte: Klar ist auch, dass die Stadt insgesamt auch sehr viel dazu beiträgt zu diesen SeniorInnenwohnungen, also die Stadt da gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern durchaus auch eine Leistung

vollbringt. Die Frage nach der speziellen Abgeltung durch die Beeinträchtigungen durch den Bau kann ich gerne überprüfen, überlegen, wie auch immer, ich bin bis jetzt nicht damit befasst worden, das ist die erste Befassung damit und ich kann mir das gerne anschauen, aber ich denke, dass es zumindest jedenfalls, wenn auch kein dramatischer Beitrag, das habe ich ja gesagt, aber immerhin ein Beitrag ist, dass wir das Geld in die Mietzinsreserve überführen. Ich werde jedenfalls die Gelegenheit auch benutzen um die Abteilung für Liegenschaftsverkehr zu bitten, speziell auch diese Baustelle zu beobachten. Ich denke, am meisten wird den Menschen dort immer noch geholfen, wenn möglichst wenig Beeinträchtigungen entstehen und durch eine verstärkte Kontrolle von unserer Seite und durch ein verstärktes Aufmerksammachen, wenn diese Beeinträchtigungen da sind, ist, glaube ich, immer noch der bessere Ansatz.

6) Kosten für ein verspätetes Informationsblatt der Stadt Graz zur Euro 08

GR. **Schröck** stellt an StRin. Mag.a **Fluch** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Stadtsenates, hoher Gemeinderat, werte Zuschauer auf den Tribünen, Wie wir wissen, die Euro 08 war trotz des mäßigen bis bescheidenen Erfolges für unsere Nationalmannschaft für Österreich ein voller Erfolg. Obwohl die Verantwortungsträger der Stadt Graz es leider nicht zuletzt durch ihren jahrelangen Tiefschlaf in dieser Sache zu verantworten hatten, dass Graz kein Austragungsort der Euro 08 war, konnte durch die - beispielsweise von der Kleinen Zeitung, von der Kronen Zeitung, von vielen Initiativen und Gastronomen - organisierten Public Viewings auch in Graz ein solider wirtschaftlicher und auch touristischer Erfolg verzeichnet werden.

Jetzt ist es doch etwas kurios, wenn unter dem Motto „Stress dich nicht“ ein Informationsblatt von der Frau Stadträtin Mag. Fluch nachweislich am 27.6.2008 – erst zwei Tage vor dem Euro-Finale - an die Grazer Haushalte samt Ohrenstöpsel verschickt wird und Frau Stadträtin, wie Sie vorher gesagt haben, als genuiner

Grazer, wie ich einer bin, weiß ich das, weil ich habe das auch bekommen, sehr hübsch anzusehen, aber angesichts der Tatsache, dass diese Info-Blätter samt Gehörschutz zwei Tage vor dem Finale – also fast ein Monat zu spät – organisiert und verteilt wurden, stellt sich dann doch die Sinnhaftigkeit einer solchen Aktion und beweist dann doch eine gewisse Unprofessionalität der verantwortlichen Stadtpolitik.

In diesem Zusammenhang stelle ich an die zuständige Stadträtin Frau Mag.^a Eva Maria Fluch folgende

F r a g e :

Wie hoch beliefen sich die Gesamtkosten für diese viel zu spät versandten Informationsblätter der Stadt Graz samt den Modex-Ohrenstöpseln?

StRin. Mag.^a **Fluch**: Herr Gemeinderat! Irgendwie darf ich mich ein bisschen wundern, dass es in einer Zwei-Mann-Fraktion so innerhalb einer Fragestunde zwei so gegensätzliche Richtungen gibt, auf der einen Seite behauptet man, es wird offensichtlich nicht informiert, wo auch informiert wurde und wenn ich informiere, dann heißt es, ich hätte nicht informieren sollen (*Applaus ÖVP*), also ein bisschen darf ich mich schon auch wundern. Aber zu dieser konkreten Anfrage, da darf ich auch ein bisschen auf den weiteren Kontext verweisen. Ich denke, es gibt auf der einen Seite die Sportbegeisterung, die in der Stadt zum Glück spürbar war auch in den letzten Wochen, fast alle von uns haben sozusagen irgendwo auch mitgefiebert mit jemandem, wir hatten die Public-Viewings und wir haben sehr gewissenhaft darüber nachgedacht, wie es aussieht sozusagen mit diesen Ausnahmegenehmigungen für die Gastgärten, dort ist de facto dann auch das passiert, wovon ich eigentlich angenommen habe, dass es der Fall sein wird, die meisten wirklich Fußballbegeisterten haben entweder die Public-Viewing-Areale aufgesucht oder haben im Freundeskreis zu Hause gefeiert. In den Gastgärten gab es die üblichen, dort wo es durchaus auch bei anderen Gelegenheiten lauter wird, wo man einen gewissen Lärmpegel, einen erhöhten, verspürt hat, die meisten waren relativ ruhig. Dennoch, das ist die eine Seite, nämlich sozusagen die Begeisterung,

die bei diesem einmaligen Event stattgefunden hat, von dem ich denke, es war für unsere Stadt auch durchaus ein gewisser Vorteil, dass es bei uns Zuschauer gab und Zuschauerinnen und dass wir nicht selbst Austragungsort waren, das ist die eine Seite, auf der anderen Seite wissen wir, dass auch außerhalb von solchen Events es einfach Anrainer gibt, die natürlich auch beklagen, dass sie gestört werden von lauten Gästen und vom Lärm, der einfach aus Gastgärten aufsteigt. Wir haben uns in diesem Gemeinderat, ich sage das jetzt wieder für einen Neuling, schon oft und intensiv damit auseinandergesetzt, was Anrainerinnen und Anrainern zumutbar ist und wo die Lärmbelastung zu hoch wird, wir haben uns ja ernsthaft damit auseinandergesetzt und das war der Beweggrund, sozusagen einen kleinen Akzent zu setzen und einerseits die Gewerbetreibenden, also die Wirte und die Wirtinnen, zu bitten, dass sie sensibel sind und sozusagen auch die Gäste darauf hinweisen, dass es auch Anrainer und Anrainerinnen gibt. Andererseits auch die Anrainer dafür zu gewinnen, dass man sagt, es gibt eine Gastronomie in der Stadt und man bemüht sich Spielregeln aufzustellen und diese Spielregeln auch einzuhalten, das ist auf eine recht sympathische Art und Weise passiert. Schon vor der Euro, während der Euro, aber wie gesagt, dass es auch noch zwei Tage vor dem Finale Folder gab, hat auch den Hintergrund, dass die Euro ein Anlass war, aber dass es bei dieser Frage der Gastgärten und der Lärmbelästigung sozusagen um einen Dauerbrenner in unserer Stadt geht. Ich nehme das ernst, weil ich denke, auf der einen Seite brauchen wir die Belebung unsere Innenstädte und auf der anderen Seite ist einfach der Schutz der Anrainerinnen und Anrainer ernst zu nehmen und die Aktion hatte genau den Hintergrund, auf diese Geschichte, die zwei Seiten hat, hinzuweisen und auf sympathische Art um mehr Verständnis und mehr Rücksicht untereinander hinzuweisen (Applaus ÖVP).

7) Kostenunterschiede bei Zeckenimpfung

GR. Mag. **Kowald** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Kowald**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler! Gesundheit kostet Geld. Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit waren Begriffe, mit denen Sie immer zu tun gehabt haben. Unsere Stadt ist ein Dienstleistungsunternehmen, das das beste Service für unsere Bürger zu fairen Preisen anbieten sollte. Eine Zeckenimpfung für Erwachsene kostet bei der Steiermärkischen GKK 16,70 Euro, beim Land Steiermark kostet die gleiche Zeckenimpfung 18,00 Euro, bei unserer Stadt Graz zahlen Erwachsene 19,00 Euro. Zum Glück wissen unsere BürgerInnen nicht über die Preise bei den anderen Impfstellen.

Meine

F r a g e

an Sie: Was halten Sie davon, die Preise für Impfungen bei der Stadt Graz zumindest an die der anderen Impfstellen anzugleichen, zumindest an die Impfpreise des Landes Steiermark und bis wann wird diese Anpassung passieren? Ich gehe davon aus, dass Sie dem Folge leisten werden und noch nicht für alles Zeit gehabt haben, aber es würde der Gesundheit auch Ihres Amtes gut tun, wenn die Preise für alle BürgerInnen gleich sind, egal wo sie sich impfen lassen. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat Mag. Kowald! Ich habe das Gesundheitsamt ersucht, mir aufzuschlüsseln, warum es also zu diesen Preisdivergenzen kommt und darf Ihnen folgende Antwort geben: Das Gesundheitsamt ist per Erlass in die jährliche FSME-Impfkation des Landes eingebunden. Aktionszeitraum und Aktionspreis sind vom Land vorgegeben und vom Gesundheitsamt nicht beeinflussbar. Der Aktionspreis für die FSME-Aktion 2008 wurde für Kinder- und Jugendlichen-Impfungen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr mit 15 Euro festgelegt, jener für Erwachsene mit 18 Euro. Als Unkostenbeitrag für besondere Serviceleistungen der Stadt Graz im Zusammenhang mit der Durchführung der Impfung wird ein Euro zusätzlich eingehoben. Dies erklärt auch die angeführte Divergenz und Differenz im Betrag zum Land. Im Speziellen handelt es sich dabei um die ständige Evidenzhaltung der Impfungen für jeden Einzelnen sowie

die Erinnerung im Falle einer notwendigen Dritt- oder weiteren Auffrischungsimpfung, ein seit Jahren von den Impfwilligen, die das Angebot des Gesundheitsamtes nützen, äußerst positiv gesehenes Service. Damit folgt das Gesundheitsamt aber auch als einzige Einrichtung der von der WHO empfohlenen Impferinnerung, dem sogenannten Recalling. Jeder und jede im Gesundheitsamt Geimpfte kann auch jederzeit seinen aktuellen Impfstatus, nicht nur im Fall des Verlustes seines Impfpasses, abrufen. Während diese Serviceleistungen der Stadt bis vor kurzem noch kostenlos waren, wird nunmehr der erwähnte Unkostenbeitrag eingehoben, wobei der Stadtrechnungshof im Zuge seiner Überprüfung sogar eine Erhöhung desselben vorschlug. Übrigens ist das, soviel ich weiß, auch in den Ausschüssen entsprechend von allen Fraktionen so zur Kenntnis genommen worden. Die Einhebung des Unkostenbeitrages erfolgt im Übrigen in Absprache mit dem Land Steiermark. Die Preisgestaltung der GKK entzieht sich der Kenntnis des Gesundheitsamtes, Faktum ist allerdings, dass durch die GKK keine Einzelerinnerung der Geimpften erfolgte, auch keine Kinderimpfungen unter sechs Jahren durchgeführt werden und auch im Preis nicht zwischen dem billigeren Impfstoff für Kinder und Jugendliche und jenem für Erwachsene differenziert wird, sondern ein Einheitspreis berechnet wird. Nicht unerwähnt sollte im Hinblick auf die Kosten auch bleiben, dass der Aktionspreis in der Apotheke um einiges höher liegt, also der liegt bei 21 beziehungsweise 25 Euro, wozu auch noch in der Regel das Impfhonorar des Arztes kommt. Es entspricht also nicht der Tatsache, dass die Impfung im Gesundheitsamt am teuersten wäre. Den gegenüber dem Land und der GKK aufgezeigten Preisunterschied gibt es im Hinblick auf das besondere Service der Stadt Graz und die Sicht des Rechnungshofes zu relativieren. Eine Zusatzauskunft kann ich Ihnen auch noch geben, ich habe mich noch erkundigt, ob es zu einer Reduzierung oder zu einem Rückgang der Imp fzahlen gekommen ist seit der Einführung des Servicebeitrages und das ist definitiv nicht der Fall, sondern, wie ich schon vorhin gesagt habe, es gibt sehr positive Reaktionen auf dieses besondere Service der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Kowald**: Herr Stadtrat, ich danke für Ihre Ausführungen. Die Preisgestaltung oder der Nichtrückgang der Imp fzahlen hat nur einzig und allein damit zu tun, dass

die BürgerInnen sehr oft nicht wissen, wo sie sich günstiger impfen lassen können. Es ist ganz klar, dass die meisten BürgerInnen nicht zur Apotheke gehen, aber alle würden zur GKK gehen, wenn sie dort die Preisgestaltung kennen würden. Ich betrachte es als meine Aufgabe, die BürgerInnen zu informieren, dass man sich woanders günstiger impfen lassen kann. Ich frage Sie noch einmal, sehen Sie es nicht als Ihre Aufgabe an für die Gesundheit unseres Volkes mehr zu tun und die Preise anzugleichen als Service für unsere Stadt (*Applaus ÖVP*)?

StR. Dr. **Riedler**: Na ja, nach Ihrer Argumentation wäre es am besten, wenn die Impfungen gratis wären. Das wäre tatsächlich sehr schön, scheidet aber natürlich an den budgetären Möglichkeiten und ich muss noch einmal sagen, im Gegenteil, der Rechnungshof der Stadt Graz und des Gemeinderates empfiehlt auch unter Kenntnisnahme und Zustimmung Ihrer Fraktion einen höheren Impfbeitrag. Ich glaube, dass wir mit dieser besonderen Serviceleistung gut liegen, dieser eine Euro ist gut investiert deshalb, weil es bei einem Abbrechen der Impfpläne beziehungsweise den fehlenden Informationen noch zu viel, viel gravierenderen Folgen kommen könnte. Ich denke daher im Gegensatz zu Ihnen, dass das Angebot der Stadt Graz in einem hohen Maße attraktiv ist. Unbenommen bleibt es Ihnen natürlich auch, darüber zu informieren, welche anderen Impfstellen es in Graz gibt (*Applaus SPÖ*).

8) Trainingszentrum Weinzödl; Vereinbarung mit Investorengruppe

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Ich darf folgende Frage an Herrn Stadtrat Rüsch stellen: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wie Sie sich vielleicht noch erinnern können, wurde im Gemeinderat der Stadt Graz nach einer sehr emotional

geführten Diskussion betreffend die Nutzung des GAK-Trainingszentrums in Weinzödl von der schwarz/grünen Gemeinderatsmehrheit schlussendlich eine Vereinbarung mit der sogenannten Investorengruppe beschlossen, der sich die Pachtdauer in diesem Trainingszentrum zukünftig auf vorerst 15 Jahre belaufen soll und zudem an die Bedingung geknüpft ist, dass das Trainingszentrum in dieser Zeit von einem Fußballverein oder von einem Grazer Sportverein genutzt werden muss, der in der 1. bis 3. österreichischen Fußball-Liga tätig ist, und für die Nicht-Fußballfreunde nur zur Erinnerung, da geht es um die Bundesliga, die 1. Division und die Regionalliga, jene Liga, in der der GAK derzeit tätig ist. Der Beschluss wurde schon damals trotz einiger Bedenken innerhalb der schwarz/grünen Koalition durchgezogen und ich erinnere mich zurück an eine Aussage von Gemeinderätin Jahn, die damals wörtlich von einer schwindligen Lösung gesprochen hat und ich glaube, ihr Bauchgefühl hat sie da nicht geträgt, wenn man die Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem GAK in diesem Haus, was da alles beschlossen wurde, da kann das Wort schwindlige Lösung durchaus teilweise angebracht sein. Wurde schon dieser Beschluss von sehr vielen als Nullbeitrag zur Rettung des GAK bezeichnet, da in dieser Vereinbarung der ehemalige Meisterklub wörtlich nicht einmal mehr vorkommt, wir haben damals versucht von unserer Fraktion, das hineinzureklamieren, das ist abgeschmettert worden, ist es jetzt umso überraschender, dass nunmehr Investoren-Sprecher Rudolf (oder Ralph) Schilcher, je nach dem, im Gemeinderat hat es Rudolf geheißen, in der Zeitung steht Ralph, für mich heute Herr Schilcher, dass dieser Herr Schilcher laut Medienberichten urplötzlich behauptet, Herr Bürgermeister Nagl habe mündlich noch viel weitreichendere Zusagen gegenüber der zumindest uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte unbekanntem Investorengruppe getätigt. Und erinnere auch zurück an die Gemeinderatssitzung, wo der Name Schilcher das erste Mal aufgetaucht ist und wo der Herr Bürgermeister gesagt hat, er kennt den Herrn Schilcher persönlich und er vertraut ihm. Also, dieser Herr Schilcher hat Aussagen getätigt via Medien, dass mündlich vereinbart wäre, dass die Pachtdauer 25 Jahre betragen könne und zudem wäre auch die Zugehörigkeit des Vereins zu einer der ersten drei Ligen egal. Beides entspricht, wie gesagt, nicht dem Inhalt des vom Gemeinderat beschlossenen Vertrages und beides widerspricht den zumindest vorgeblichen Intentionen, den GAK zu retten. Auch ist urplötzlich von grundsätzlichem Recht auf Verbauung eines Trainingsplatzes die Rede, ebenso von Recht auf Unter- und Weitervermietungen

des Trainingszentrums durch die Investorengruppe. Und da möchte ich auch anmerken, ich habe am Rande der Gemeinderatssitzung mit dem Herrn Baudirektor sprechen können, der auch angemerkt hat, dass schon die Errichtung des GAK-Trainingszentrums ein großer Kraftakt war, weil man eigentlich in diesem Gebiet überhaupt nichts machen wollte, weil das Grüngürtel bleiben sollte und weil dort eine Frischluftschneise besteht und ich glaube nicht, dass es so leicht gehen wird, dort zusätzliche Bauten zu errichten, das muss ich da an dieser Stelle ganz klar anmerken. Allesamt sind das für mich Indizien dafür, dass es in dieser Angelegenheit nicht um die Chance auf eine Zukunft für den Fußballverein GAK geht, sondern primär um das künftige finanzielle Wohlergehen der Investorengruppe. Oder um es noch drastischer zu formulieren, es liegt der Verdacht nahe, dass hier einige potente Investoren mit einem ursprünglich für die Förderung des Grazer Jugendsports errichteten Trainingszentrum eine schöne Stange Geld verdienen wollen. Und ich bin der festen Überzeugung, ich will das nicht, meine Fraktion will das nicht und ich bin fest davon überzeugt, auch die Mehrheit in diesem Gemeinderat will das nicht und deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, als den dafür zuständigen Stadtsenatsreferenten die

F r a g e ,

ob Ihnen die angeblich von Bürgermeister Nagl getätigte Zusagen betreffend die 25jährige Pachtdauer und der Wegfall der Bedingung der Zugehörigkeit des Sportvereines zu eine der ersten drei Ligen bekannt sind? (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, Herr Gemeinderat! Mir ist nur eines nicht klar, wieso fragen Sie das mich und wieso fragen Sie nicht das direkt den Bürgermeister, wenn es sich um eine angebliche Aussage des Bürgermeisters handeln soll? Ich weiß, dass im Rahmen der Anfrage, eine Anfrage zu diesem Thema an den Bürgermeister gestellt wird und aus diesem Grunde denke ich, werde ich diese Frage jetzt nicht beantworten.

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: ...ich beantworte die Frage nicht.

StR. Dr. **Rüsch**: Weil sie Nein ist, ich habe davon nichts gehört.

Mag. **Haßler**: Mit meiner Zusatzfrage wage ich mich auf dünnes Eis in der Politik. Ich stelle nämlich keine Wissensfrage, sondern eine Gewissensfrage. Sehr geehrter Herr Stadtrat, können Sie mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen, dass es in den Gesprächen mit der Investorengruppe von Bürgermeister Nagl oder von sonstigen Vertretern der Stadt Graz Zusagen oder Versprechungen getätigt wurden, die von den im Gemeinderat beschlossenen Vertragsbedingungen abweichen? Und wie sieht für den Fall, und der ist sehr wahrscheinlich, dass der Vertrag mit der Investorengruppe nicht zustande kommt, ihr sogenannter Plan B in dieser Angelegenheit aus (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dr. **Rüsch**: Wieder um der Geschäftsordnung Genüge zutun, werde ich die Frage mit Nein beantworten. Aber ich möchte schon sagen, ich finde es wirklich komisch, ganz offen und ehrlich gesagt, Sie fragen mich, ob ich mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen kann, was in Gesprächen mit den Investoren und dem Bürgermeister gefallen ist. Wieso fragen Sie nicht den Bürgermeister? Und abgesehen davon ist es mir schon ein Bedürfnis festzuhalten, auch von meiner Seite festzuhalten, es gibt einen Gemeinderatsbeschluss und im Gemeinderatsbeschluss sind die Bedingungen genau festgehalten, zu denen die Investoren in einem Vertrag mit der Stadt eintreten können und ich denke, das ist jedenfalls die Ausgangsposition. Wenn Sie darüber hinaus irgendwelchen Gerüchten nachgehen, die Sie in der Zeitung gelesen haben oder von dritter Seite gehört haben, dann kann ich wirklich nur sagen, dann bin ich, denke ich, die falsche Ansprechperson.